

V2533 Dringliche Motion (Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger [Mitglieder der Einbürgerungskommission]) "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder"

Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

1. Ausgangslage

In der Parlamentssitzung vom 1. Dezember 2025 wurde die Dringliche Motion "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder" erheblich erklärt (Beilage 1).

2. Umsetzung

Der Gemeinderat hat die Verordnung vom 20. Juni 2018 über das Einbürgerungsverfahren wie folgt geändert:

In Artikel 3 Absatz 1 wird "neun" ersetzt durch "elf".

In Artikel 3 Absatz 3 wird "Die acht weiteren Mitglieder" ersetzt durch "Die zehn weiteren Mitglieder".

Die Änderung ist am 1. Januar 2026 in Kraft getreten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 22. April 2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Parlamentsbeschluss vom 01.12.2025



Parlamentssitzung Nr. 11 vom 01.12.2025

Protokollauszug

V2533 Dringliche Motion (Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger [Mitglieder der Einbürgerungskommission]) "Erweiterung der Könizer Einbürgerungskommission von 9 auf 11 Mitglieder"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen rechtlichen und organisatorischen Schritte vorzunehmen, um die Einbürgerungskommission von neun auf elf Mitglieder zu erweitern.

Begründung

1. Anhaltend hohe Anzahl Einbürgerungsgesuche

In der Gemeinde Köniz ist die Zahl der im Jahr 2023 total neu eingegangenen Gesuche auf 113. Im Jahr 2024 waren es 138. Im Jahr 2023 waren es insgesamt abschliessend behandelte Gesuche 85 und im Jahr 2024 116. Die Gemeinde Köniz ist entsprechend stark gefordert. Die Zahl der Gesuche liegt seit Jahren auf hohem Niveau mit steigender Tendenz und belastet die Kommission dauerhaft.

2. Besondere Rolle der Miliz-Kommission

In Köniz werden die Einbürgerungsgespräche nicht von Angestellten der Verwaltung, sondern von Miliz-Kommissionsmitgliedern geführt. Dabei ist vorgesehen, dass die Gespräche jeweils von zwei Mitgliedern aus unterschiedlichen Parteien geführt werden. Diese Regelung garantiert eine faire, parteipolitisch ausgewogene Beurteilung. In der Praxis kann dieser Grundsatz jedoch häufig nicht eingehalten werden, da die Kommission mit neun Mitgliedern zu knapp besetzt ist. Die Gesuche werden daher regelmässig nur von einem Mitglied behandelt, entgegen der vorgesehenen Praxis.

3. Entlastung und Qualitätssicherung durch Erweiterung

Eine Erhöhung auf elf Mitglieder ermöglicht:

- eine bessere Verteilung der hohen Geschäftslast
- die verlässliche Einhaltung des Prinzips "zwei Mitglieder, zwei Parteien"
- eine Entlastung der bisherigen Kommissionsmitglieder
- eine höhere Qualität bei der Durchführung der Gespräche und Entscheidungsfindung

4. Marginale Kostenfolge – grosser Nutzen

Die zusätzlichen Entschädigungen für zwei weitere Miliz-Kommissionsmitglieder sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt der Gemeinde marginal. Dem gegenüber stehen erhebliche Vortei-

le: mehr Rechtssicherheit, verbesserte Transparenz, höhere Arbeitsqualität sowie eine schnellere und gerechtere Behandlung aller Gesuchstellenden.

Schlussfolgerung

Die Erweiterung der Einbürgerungskommission auf elf Mitglieder ist eine notwendige und verhältnismässige Massnahme. Sie stärkt die Funktionsfähigkeit der Kommission, verbessert die Einhaltung demokratischer Prinzipien und sorgt für eine qualitativ hochwertige Bearbeitung der Einbürgerungsgesuche.

Begründung Dringlichkeit:

Gemäss Art. 65 Abs. 3 der Verordnung regelt der Gemeinderat die Mitgliederzahl, besondere Wählbarkeitsvoraussetzungen, Aufgaben, Zuständigkeiten und Organisation der Kommissionen, soweit nicht übergeordnete Vorschriften bestehen. Die Verordnung über das Einbürgerungsverfahren (Art. 3 Abs. 2 und 3) hält fest, dass die acht weiteren Mitglieder der Einbürgerungskommission durch den Gemeinderat gewählt werden.

Weiter bestimmt Art. 3 Abs. 4 derselben Verordnung, dass die Amtsdauer der Kommission mit der Legislaturperiode übereinstimmt.

Daraus ergibt sich eine besondere zeitliche Dringlichkeit:

- Mit Beginn der neuen Legislaturperiode wird die Einbürgerungskommission ohnehin (teilweise) neu besetzt.
- Eine Anpassung der Mitgliederzahl oder des Verteilungsschlüssels kann somit direkt in diesen Neuwahlprozess integriert werden.
- Für den Gemeinderat bedarf es lediglich eine punktuelle Anpassung des entsprechenden Artikels in der Verordnung, wodurch Doppelspurigkeiten und zusätzlicher administrativer Aufwand vermieden werden.

Eine spätere Behandlung würde hingegen dazu führen, dass die Kommission zunächst nach geltendem Recht bestellt und kurz darauf erneut angepasst werden müsste. Dies wäre ineffizient und organisatorisch unnötig belastend.

Aus diesen Gründen ist eine dringliche Behandlung dieser Motion angezeigt, damit die Änderungen rechtzeitig auf den Beginn der neuen Legislaturperiode in Kraft treten können.

09.09.2025 / Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Ronald Sonderegger

Eingereicht

15.09.2025

Unterschrieben von 28 Parlamentsmitgliedern

Arlette Münger, Christine Müller, Laura Hoffman, Matthias Müller, Janka Hamm, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti Locher, Klaus von Muralt, Roland Akeret, Toni Eder, Andreas Hauser, Dominic Amacher, Mark Kobel-Itten, Andrea Winzenried, Kathrin Gilgen, Roland Hofer, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Sara Gasser, David Müller, Isabelle Steiner, Urs Mumenthaler, Jutta Gubler Kläne-Menke, Bülent Celik, Reto Zbinden, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, die nötigen rechtlichen und organisatorischen Schritte vorzunehmen, um die Einbürgerungskommission von neun auf elf Mitglieder zu erweitern. Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

2. Ausgangslage

Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass mit der Arbeit der Milizkommission eine wichtige Aufgabe der Gemeinde effizient und politisch breit abgestützt erfüllt wird.

Seit dem Jahr 2023 haben die Einbürgerungsgesuche stark zugenommen.

Eingereichte Gesuche:

Jahr	Anzahl Gesuche
2019	77
2020	70
2021	84
2022	82
2023	113
2024	138
2025 (Ende Sept.)	110

Entsprechend hat sich der Arbeitsaufwand sowohl bei den Mitgliedern der Einbürgerungskommission als auch bei den Mitarbeitenden der Verwaltung erhöht. Der zusätzliche Arbeitsaufwand in der Verwaltung beträgt rund 40 Stellenprozente.

Der Gemeinderat kann deshalb das Motionsanliegen nachvollziehen und ist bereit, bei einer Erheblicherklärung des Vorstosses das Anliegen rasch umzusetzen.

3. Weiteres Vorgehen

Bei der Einbürgerungskommission handelt es sich um eine ständige Kommission ohne Entscheidbefugnis im Sinn von Artikel 65 Absatz 2 Buchstabe b GO. Die Mitglieder werden – mit Ausnahme der Vorsteherin/des Vorsteherin DSL, der von Amtes wegen Mitglied ist - vom Gemeinderat unter Beachtung von Artikel 59 Absatz 3 und 4 GO gewählt.

Das vorliegende Geschäft wird im Dezember 2025 (voraussichtlich an der 2. Parlamentssitzung am 8. Dezember) im Parlament behandelt werden. Bei einer Erheblicherklärung der Motion durch das Parlament kann der Gemeinderat die rechtlichen und organisatorischen Schritte einleiten, d.h. konkret

- Anpassung der Verordnung über das Einbürgerungsverfahren;
- Publikation der Erlassänderung und Ablauf der Beschwerdefrist;
- Einladung an die Parteien, geeignete Kandidat:innen vorzuschlagen (gemäss dem Verhältnisschlüssel der letzten Wahlen des Gemeinderates haben bei einer Ausweitung der Mitgliederzahl von 9 auf 11 die Grünen und die FDP Anspruch auf einen zusätzlichen Sitz);
- Wahl der neuen Mitglieder durch den Gemeinderat).

Der Zeitplan zeigt auf, dass die Umsetzung auf den 1. Januar 2026 nicht realistisch ist. Der Gemeinderat wird die Anpassung aber rasch vornehmen so dass die zwei zusätzlichen Mitglieder im ersten Halbjahr 2026 gewählt und eingesetzt werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 29. Oktober 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

Formelle Prüfung der Motion vom 18.9.2025

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Die Erstunterzeichnerin Arlette Münger hat das Wort.

Erstunterzeichnerin, Arlette Münger, SP Frauen: Zu Beginn ist mir und auch meinen mitunterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen aus der Einbürgerungskommission, ein Punkt besonders wichtig: Bei diesem Vorstoss geht es nicht um die Debatte, ob die Einbürgerungskommission künftig beibehalten oder verändert werden soll. Dazu gibt es unterschiedliche politische Auffassungen und diese Diskussion können wir irgendwann führen, aber nicht heute Abend, denn heute geht es nicht um die Grundsatzdiskussion dieser Kommission.

Heute sprechen wir über einen konkreten Notstand, der durch die stark gestiegene Zahl an Einbürgerungsgesuchen entstanden ist. Die Kommission arbeitet seit längerer Zeit an ihrer Belastungsgrenze und wir brauchen jetzt eine zeitnahe und funktionierende Lösung. Denn: Belastungsgrenze bedeutet, anstatt in den vorgesehenen Tandems, werden diese Gespräche im Moment in Einzelgesprächen geführt. Sprich, ein Kommissionsmitglied und jemand vom Sekretariat des Polizeiinspektorats, welcher das Protokoll schreibt. Aber darauf komme ich später noch zu sprechen.

In diesem Zusammenhang möchten wir dem zuständigen Gemeinderat ganz herzlich danken. Er hat die Situation rasch erkannt und sofort Schritte eingeleitet, um eine Entlastung möglichst schnell umzusetzen. Diese konstruktive Zusammenarbeit ist für uns Mitglieder der Einbürgerungskommission ein wichtiges und sehr geschätztes Zeichen. Und es ist auch ein Zeichen der Wertschätzung für unseren Einsatz.

Für unsere praktische Arbeit ist es zentral, dass die Gespräche weiterhin in den seit Jahren bewährten Tandems geführt werden können, bestehend aus zwei Personen aus zwei unterschiedlichen Parteien und grundsätzlich auch als Frau-Mann-Duo. Diese Zusammensetzung verfolgt keinen politischen Zweck, sondern gewährleistet die breite Abstützung, Nachvollziehbarkeit und Verlässlichkeit im Verfahren.

Die Rückmeldungen der Gestuchstellenden zeigen klar: Diese Gesprächsform wird als transparent, respektvoll und angenehm erlebt.

Nach sieben Jahren Kommissionserfahrung, kann ich auch aus der Praxis berichten: Gerade für sehr ängstliche oder unsichere Personen ermöglicht dieses Tandemsystem eine wertvolle Flexibilität. Es erlaubt beispielsweise einen Wechsel der gesprächsführenden Person innerhalb des Tandems während eines Gesprächs, wenn dies die Gesprächssituation verbessert. Ich habe mehrfach erlebt, dass es beispielsweise einer jungen Frau einfacher fiel, mit mir das Ge-

sprach zu führen, oder dass ein älterer Herr sich wohler fühlte, wenn mein Tandempartner, also ein Mann, die Führung übernahm.

Diese Flexibilität verfolgt stets das gleiche Ziel: Für jede gesuchstellende Person die angenehmste und fairste Gesprächssituation zu schaffen. Denn und das möchte ich an dieser Stelle besonders betonen, wir kennen die Menschen zwar aus ihren Dossiers, können darin ihre ausgebildeten Berufe, Arbeitsorte, Ausbildungswege lesen. Aber wirklich kennenlernen können wir sie erst im persönlichen Gespräch. Und darum geht es in diesen Gesprächen auch. Es ist ein Kennenlernen, das zwar nach einem kantonal vorgegebenen Fragebogen geht, dieser dient aber in erster Linie als Leitfaden, damit das Gespräch für alle Personen inhaltlich etwa gleich ist. Erst durch dieses Kennenlernen können wir der Gesamtkommission ein fundiertes Bild vermitteln, welches dann zur Empfehlung an den Gemeinderat führt. Weil, in Köniz entscheidet der Gemeinderat über die Einbürgerungen, nicht die Kommission. Wir geben lediglich eine Empfehlung ab, basierend auf diesem persönlichen Kennenlernen.

Dann noch ein weiterer zentraler Punkt: Die Kommission arbeitet in einem klar geregelten kantonalen Rahmen. Viele Abläufe und Anforderungen sind verbindlich vorgegeben und nicht frei gestaltbar. Die Gemeinde Köniz erfüllt diese Vorgaben heute bereits in sehr zeitgemässer Form und wir erhalten dafür oft positive Rückmeldungen von den Gesuchstellenden. Genau diesen Standard möchten wir beibehalten. Innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens wollen wir weiterhin professionell und effizient arbeiten können. Und dafür braucht es genug Mitglieder.

Aus diesem Grund braucht es jetzt eine punktuelle und pragmatische Anpassung der Mitgliederzahl. Sie ermöglicht eine faire Verteilung der Arbeit, verlässliche Tandembesetzungen und die korrekte Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens.

Wir Einreicherinnen und Einreicher dieser dringlichen Motion bitten euch daher, dem Gemeinderat zu folgen und diese Motion erheblich zu erklären. Auch als Zeichen der Wertschätzung und Entlastung für die Mitglieder der Einbürgerungskommission, die diese Aufgabe im Milizsystem, aber mit sehr viel Herz, Engagement und Verantwortung wahrnehmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Mayra Faccio, JUSO: Merci dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung dieser dringlichen Motion. Auch in der JUSO/SP-Fraktion haben wir diskutiert und wir werden die Motion einstimmig erheblich erklären.

Für uns ist aber auch klar, dass die Lösung nur eine Übergangslösung sein kann. Im Moment reichen die Ressourcen der Einbürgerungskommission hinten und vorne nicht mehr. Die einzelnen Mitglieder haben eine viel zu hohe Arbeitsbelastung, das führt zu Verzögerungen im Einbürgerungsverfahren. Auch dass die Mitglieder der Kommission heute zum Teil Einzelgespräche führen müssen, ist nicht in Ordnung. Nicht für die Kommissionsmitglieder und auch nicht für diejenigen, welche die Einbürgerung beantragt haben. Die Leidtragenden sind im Moment also die überlasteten Mitglieder der Kommission und vor allem auch die Menschen, welche im Einbürgerungsprozess sind.

Darum ist die Erhöhung der Anzahl der Kommissionsmitglieder sicher ein wichtiger erster Schritt. Für uns ist aber auch klar, dass die Erhöhung nur eine Übergangslösung sein kann. Wir haben uns die Frage gestellt, ob eine solche Einbürgerungskommission noch eine zeitgemässe Lösung ist und haben das Gefühl, dass die Einbürgerungskommission und der Prozess in der nächsten Legislatur als Ganzes überdenkt werden sollte. Für jetzt ist das Postulat aber sicher der richtige Schritt.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Ich bin selber in dieser Kommission tätig und kann dies alles bestätigen, was wir hier gehört haben. Wir erklären dies ganz sicher auch erheblich. Und es ist effektiv so, dass diese Einzelgespräche nicht dem entsprechen, was man vorgegeben hat oder was wir erfüllen sollten. Und die Menge ist wirklich drastisch. Ich erinnere mich, als dies vor einigen Jahren begonnen hat, das ist heute sicherlich das Doppelte an Arbeit, was es heute zu tun gibt und ich kann mich beinahe schon nicht mehr daran erinnern, wann ich ein Gespräch zu zweit geführt habe. Meistens ist es sogar noch so, dass man noch ein zweites Mal aufgebeten wird, weil man nicht durchkommt, weil man alleine ist. Und dementsprechend bitte ich euch alle, dies zu unterstützen und erheblich zu erklären.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christine Müller, Grüne: Die Zahl der Einbürgerungsgesuche hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt und etwas ungünstigerweise hat sich in der gleichen Zeit die Zahl der Mitglieder der Einbürgerungskommission eben nicht verdoppelt.

Auch ich habe diese Motion miteingereicht und bin in diesem Sinn nicht befangen, aber zumindest betroffen. Und ich möchte euch auch gerne aus meiner Situation schildern, wie sich dies in der Realität zuspiegelt. Mein Tandem-Gspänli ist Roni Sonderegger, ich weiss nicht, ob wir im vergangenen Jahr überhaupt jemals zusammen Gespräche geführt haben, ich kann mich nicht erinnern, genauso wie du nicht. Ich gehe zwar immer gern mit dir in der Pause Kaffee trinken, aber meistens führen wir diese Gespräche eben alleine durch bzw. mit einer der beiden Susannes - das sage ich so, weil beide Mitarbeiterinnen im Sekretariat des Polizeiinspektorats Susanne heissen. Das ist nicht weiter schlimm, das mache ich auch gerne mit ihnen, das Problem ist einfach, wenn die Gespräche gut verlaufen, dann ist das überhaupt kein Problem, aber ihr wisst es selber, wenn man irgendwelche Zweifel über die Integration dieser Gesuchstellenden hat - und um das geht es ja genau, herauszufinden, ob diese Leute in unserer Gesellschaft integriert sind - dann ist es einfach gut, wenn man das zu zweit mit jemandem besprechen und gemeinsam eine Entscheidung treffen kann und vor allem dann auch auf eine nachvollziehbare, faire und objektive Art und Weise begründen zu können, warum jetzt diese Person vor die Gesamtkommission eingeladen werden sollte. Das ist nämlich das, was wir entscheiden können, dass jemand nochmals zuerst vor die Gesamtkommission kommt. Und damit wir diese ausgewogene Beurteilung zur Integration auch in Zukunft im Tandem machen können, sind wir von der Einbürgerungskommission geschlossen für diese Erweiterung und danken auch dem Gemeinderat, dass er diese Erweiterung zur Entlastung unserer Kommission unterstützt.

Unsere Motion hat aber auch in unserer Fraktion eine Grundsatzdebatte über den Einbürgerungsprozess ausgelöst. Wir Grüne und junge Grüne sind nämlich der Meinung, dass das Einbürgerungsverfahren generell verschlankt und vor allem auch die Gebühren gesenkt werden sollten. Ausländerinnen und Ausländer sollen eingebürgert werden, wenn sie sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhalten, nicht zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden und Grundkenntnisse in einer Landessprache haben. So will es übrigens die Demokratie-Initiative, die objektive Einbürgerungskriterien fordert für Menschen, deren Lebensmittelpunkt in der Schweiz ist.

Unsere Fraktion ist aber auch der Meinung, dass, solange wir das momentane System haben, dieses auch funktionsfähig sein soll und aus meiner Sicht kann ich euch bestätigen, es funktioniert, das sollte unterstützt werden und erweitert. Unsere Fraktion stimmt dem daher einstimmig zu. Sie sieht dies jedoch auch wie die SP-Fraktion eher als Übergangsmassnahme auf einem Weg zu einem vereinfachten Einbürgerungsprozess und wird auch Möglichkeiten prüfen, wie man den Prozess objektiver und schlanker gestalten kann.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Es ist bewundernswert, wie lange ihr heute Abend aushaltet, vielen Dank. Vorab möchte ich der Einbürgerungskommission an dieser Stelle hier ganz herzlich für ihre Arbeit danken. Ich erlebe jetzt seit einem Jahr, dass an diesen Kommissionssitzungen sehr gut und zielgerichtet und dem Prozess oder der Aufgabe entsprechend auch mit der nötigen Seriosität gearbeitet wird. Darum sehen wir auch, dass wir diese Einbürgerungskommission stärken müssen, wir wollen diese nicht schwächen. Wir wollen, dass sie ihre Arbeit, ihre Aufgabe, welche sie hat, richtig erfüllen kann. Vom Prozess her und dass sie eine Milizkommission ist, das erachte ich für unsere Gemeinde und unser Gemeinwesen als eminent wichtig. Dass hier Leute aus der Mitte der Gesellschaft etwas dazu beitragen können, wer auch Teil von unserer Gesellschaft werden soll, darin sehe ich die grosse Stärke und darum sind wir auch bereit, dort diesen Prozess entsprechend zu unterstützen und das zu machen. Es ist natürlich auch klar, dass dies nicht nur auf der Kommissionsseite eine höhere Belastung gibt, sondern wir haben natürlich auch in der Verwaltung entsprechende Themen und diese müssen wir parallel anpacken, aber wir gehen jetzt erst einmal Schritt für Schritt und das was gefordert ist, versuchen wir, so schnell wie möglich umzusetzen.

Parlamentspräsident Casimir von Arx, GLP: Ich habe in keinem Votum gehört, dass der Antrag des Gemeinderates bestritten wurde, darum verzichte ich auf eine Abstimmung und erkläre diese Motion als erheblich erklärt.

Beschluss über Antrag des Gemeinderats

Die Motion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

Fachstelle Parlament

Köniz, 16.12.2025